

11. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 29. Februar 2016

Erstmals seit Jahren wurden die Ratsmitglieder und die städtischen Verwaltungsmitarbeiter nicht auf dem Burgplatz von Demonstranten empfangen. Offenbar liegt den Duisburgern zur Zeit keine Angelegenheit sonderlich am Herzen. Die altbekannten Factory-Outlet-Gegner waren zwar zur Sitzung gekommen, jedoch versammelten sie sich diesmal auf den Tribünen des Ratssaals und nicht vor dem Rathaus. Seit Tagen war durch die Medien bekannt, dass die Pläne für das FOC in Hamborn in dieser Ratssitzung beendet würden, der lang gehegte Wunsch der Gegner sich also endlich erfüllen würde.

Mit 88 Tagesordnungspunkten in der öffentlichen und 24 Tops in der anschließenden nicht-öffentlichen Sitzung erwartete die Duisburger Ratsfrauen und Ratsherren wieder ein langer Sitzungstag. Die meisten Anwesenden hatten zwei, manche sogar drei prall gefüllte (große) Aktenordner dabei. Das ordnen, lesen und verstehen(!) der zahlreichen komplizierten Themen verlangt den ehrenamtlichen Ratsmitgliedern schon in den Wochen und Tagen vor der Sitzung ein Höchstmass an Zeit und Konzentration ab, dem Sitzungsverlauf zu folgen, ebenfalls. Die großen Fraktionen (SPD und CDU) teilen die Themen unter ihren zahlreichen Ratsmitgliedern auf, die Kleinen müssen die selbe Arbeit mit 2, 3 oder 6 Personen schaffen.

Die ersten Diskussionen kamen auf, bei den "**Kommunalinvestitionen**" in den Jahren 2015 bis 2018. Die Bundesregierung hat Duisburg hierfür 73,03 Millionen Euro zur Verfügung gestellt, die Stadt muss noch mal 10% selbst dazu legen. Das ganze Geld ist dazu gedacht, den großen Sanierungsstau, der in Duisburg (und anderen Städten) besteht, etwas aufzulösen. Politik und Verwaltung mussten relativ schnell alle denkbaren Erneuerungsbedarfe auflisten und auswählen. Hierbei wurden die unterschiedlichen Prioritäten der einzelnen Dezernate, Bezirksvertretern und Ratsmitgliedern deutlich. Daher wurden in den verschiedensten Gremien auch immer wieder Änderungen und Verschiebungen innerhalb der Liste vorgenommen.

Nun sollte der Rat abschließend entscheiden. Aber selbst jetzt gab es noch Änderungswünsche der Fraktionen der Linken und JuDU/DAL. Dem Ansinnen von JuDU/DAL konnten sich die FDP-Vertreter anschließen, denn es wurde beantragt, den größten Teil der Gesamtsumme in die Sanierung und Renovierung von Schulgebäuden zu investieren. Die erforderlichen Mittel sollten innerhalb des Gesamtpaketes diversen Baumpflanzungen und anderen "Öko-Projekten" entnommen werden, die dann gar nicht oder nur als "Reservemaßnahmen" durchgeführt werden sollten. Die Verwaltung wiederum forderte den Stadtrat auf, allen von den Bezirksvertretungen gewünschten Änderungen nicht zu folgen. Erwartungsgemäß stimmten SPD und CDU gegen alle Änderungsanträge und folgten auch dem Votum der Verwaltung, so das in Duisburg schon bald die Bagger rollen werden.

Die einzelnen Maßnahmen können im Internet eingesehen werden unter:

https://www.duisburg.de/ratsinformationssystem/bi/vo0050.php?__kvonr=20067179&search=1

Nach mehreren Ansätzen wurde dann auch der "**Haushaltsplan für 2016**" beschlossen. Durch verschiedene Verfahrensfahler, Änderungen und Nachträge zog sich der endgültige Satzungsbeschluss bis zu dieser Sitzung, obwohl der Plan schon im September 2015 vorgestellt und in den Rat eingebracht wurde. Im November stimmten SPD und CDU dafür, jetzt SPD, CDU, Grüne und Linke.

An Tagesordnungspunkt 5 schlug der Oberbürgermeister dem Stadtrat vor, eine Resolution mit dem Titel "**Resolution zur Sicherung gleichwertiger Lebensverhältnisse durch ein aufgabengerechtes Gemeindefinanzsystem**" zu beschließen, die sich an den Bundesrat, bzw. an den Präsidenten des Bundesrates wenden soll. Hierin erklären die Unterstützer, dass die Finanzmisere der Stadt (und vieler anderer Kommunen) nicht selbst verschuldet sei und man nur aus der kommunalen Finanzkrise heraus käme, wenn der Bund Aufgaben und Schulden übernehme und die Städte finanziell stärke.

Die Freien Demokraten konnten sich dieser Resolution nicht anschließen, da sie zu einer kritischeren Meinung bei der Bewertung der "Schuldfrage" kommen und die anderen Fraktionen, sowie die Stadtverwaltung es seit Jahren ablehnen, über die zahlreichen Einnahme- und Einsparvorschläge der FDP auch nur zu diskutieren. Die Freien Demokraten empfehlen zunächst die eigenen "Hausaufgaben" zu erledigen, bevor man nach neuem Geld aus Berlin ruft. Alle anderen Parteien beschlossen die vom OB vorgelegte Resolution.

Es folgten **zahlreiche verschiedene Beschlussvorlagen**, wie die Umbesetzung von Gremien oder die vorgesehenen Aufsichtsratspositionen der neuen Stadtkämmerin, die sie zukünftig als Nachfolgerin von Dr. Peter Langner übernehmen soll. Hierüber wurde nicht diskutiert und alle Abstimmungen erfolgten einstimmig.

Anschließend beschlossen die Ratsmitglieder mehrere **Wirtschaftspläne** städtischer Gesellschaften. Auch über diese Vorlagen wurde nicht diskutiert.

Die nächste längere Debatte erfolgte bei einer Beschlussvorlage zur **Verschmelzung des Revierparks Mattlerbusch** auf/in eine neu zu gründende Freizeitgesellschaft des RVR, der mehrere Freizeitparks angehören sollen. Trotz neuer Gesellschaftsform und neuen Aufsichtsgremien werden die beteiligten Städte weiterhin kräftige Zuschüsse leisten müssen, so dass sich vielen Anwesenden der Sinn nicht erschloss. Zumal es noch nicht klar ist, welche und wie viele Schwimmbäder und Freizeitparks aus anderen Städten noch in die neue Gesellschaft einfließen.

Andererseits konnte auch niemand darlegen, wie die bisherige Konstruktion von der Stadt allein überlebensfähig weiterbetrieben werden könnte. CDU-Ratsherr Josef Wörmann war der einzige, der betonte, dass die Stadt zahlreiche "Zuschussgesellschaften" betreibe und es eben nur eine Frage des politischen Willens sei, ob man bereit wäre, auch noch den Revierpark Mattlerbusch zu bezuschussen oder nicht. Letztendlich stimmten die meisten Ratsmitglieder "mit einigen Bauchschmerzen" der geplanten Verschmelzung zu.

Ein weiterer Tagsordnungspunkt beschäftigte sich mit der **Neuorganisation der Via Verkehrsgesellschaft**, die bisher als teilweiser Zusammenschluss der Verkehrsgesell-

schaften der Städte Duisburg, Mülheim und Essen fungiert. Die Regierungspräsidentin hatte im vergangenen Jahr angemahnt, dass die durch diese Gesellschaft seit Jahren geplanten und erwarteten Einsparungen nicht erfolgt wären. Duisburg bezuschuss die DVG jährlich mit über 40 Millionen Euro, die in früheren Jahren durch den Gesellschaftsverbund mit den Gewinnen der Stadtwerke ausgeglichen wurden.

Wie die Beschlussvorlage auswies, hatte sich ein Gutacher nun mit der Via beschäftigt. Das Ergebnis des Gutachtens warf kein gutes Licht auf die Gesellschaftsform- und Führung, sowie die inneren Abläufe. Die zahlreichen Empfehlungen, z.B. die komplette Verschmelzung der 3 Gesellschaften oder nur noch einen Betriebsrat für alle 3 Verkehrsgesellschaften zu bilden, gefielen der großen Mehrheit des Duisburger Stadtrates nicht, so dass jetzt ein weiteres Gutachten beauftragt wurde.

Nur die FDP stimmte dagegen, da der Gutachter viele altbekannte Kritikpunkte der Liberalen aufgegriffen hatte und sich die ganze Problematik nicht stellen würde, wenn man einen privaten Anteilseigner beteiligen würde (wie seit Jahren von den Liberalen gefordert).

Wieder folgten eine ganze Reihe **verschiedener Beschlüsse**, wie z.B. die Genehmigung von Sonntagsöffnungszeiten, Jahresabschlüssen, Sondernutzungsgebühren, die Einrichtung einer Jury für den Fakir Baykurt Kulturpreis, der Sozialbericht 2014, die Beantragung von Zuschüssen zur Sanierung diverser Sportstätten, Clubhäuser oder Jugendzentren oder die Beauftragungen zur Erneuerung der Zugsicherungstechnik und der Neubau des Oberbürgermeister-Karl-Lehr-Brückenzuges.

Dann beschloss der Stadtrat einstimmig eine erforderliche Anpassung der **Entgeltordnung für die Stadtbibliothek**, was bedeutet, dass der Jahresbeitrag von 12,- Euro auf 15,- Euro steigt und das Rückgabeversäumnis-Entgelt von 0,15 Euro auf 0,45 Euro je Tag angehoben wird. Im Gegenzug entfällt die Leihgebühr für Medien wie CDs, DVDs, Filme, etc. Eine moderate und angemessene Erhöhung, wie auch die Liberalen fanden.

Ebenso wurden die **Eintrittspreise bei Schauspielen im Theater und bei Konzerten der Philharmoniker** erhöht. Die Preise steigen im Theater um 2,- bis 3,- Euro je Eintrittskarte und bei den Philharmonikern um durchschnittlich 10%. Diese durchaus zumutbaren und angemessenen Preissteigerungen hatte die FDP bereits vor Jahren im Kulturausschuss gefordert. Nur die rechten Gruppierungen im Rat stimmten dagegen - und zwar mit der Begründung, dass die Bürger keine anfallenden Mehrkosten tragen und ausgleichen sollten, sondern diese immer nur durch Subventionen ausgeglichen werden müssten. Dem aufmerksamen Zuhörer stellte sich die Frage, wer die geforderten Subventionen bezahlt...? (...das sind doch letztendlich wohl auch die Bürger...)

Einstimmig beschloss der Rat die **"Erneuerung der Oberflächenbefestigung der Königstraße"**, womit neue Pflastersteine gemeint sind. Die gesamte Maßnahme erstreckt sich über 2 - 3 Jahre und wird ca. 2 Millionen Euro kosten.

Anderer Meinung als alle anderen waren die Freien Demokraten auch bei einer weiteren Beschlussvorlage, wonach der Rat feststellte, dass **"die Linien des Stadtverkehrs Duisburg, ein vorhandenes Verkehrsnetz darstellen"**. Es ging um die Buslinien der DVG.

Die Verwaltung hatte offenbar festgestellt, dass einzelne (lohnenswerte) Linien im Stadtgebiet ausgeschrieben und ggf. an auswärtige Bieter vergeben werden müssten, falls es sich nicht um ein gesamtes zusammenhängendes Netz handele. Durch die bloße Feststellung des Rates, wird aus einzelnen Verkehrslinien offenbar ein zusammenhängendes Verkehrsnetz....(?) das die DVG -mal wieder- vor der Linien-Vergabe an unliebsame private Bieter bzw. Busunternehmen schützt.

Einstimmig wurde dann wieder die **Neugestaltung des Kantparks** beschlossen. Alle diesbezüglichen Änderungsanträge von JuDu/DAL, z.B. die wegfallenden 25 Parkplätze zu erhalten, eine attraktivere Möblierung vorzunehmen, Sport- und Freizeitangebote zu schaffen und WLAN im Park einzurichten, wurden zuvor von SPD und CDU abgelehnt.

Dann folgte das von den Zuschauern lang erwartete Thema **Factory-Outlet-Center** in Hamborn/Marxloh, auf dem Gebiet der brachliegenden Rhein-Ruhr-Halle und des ehemaligen Hallenbades. Dazu lieferten sich die Ratsmitglieder eine lange und emotionale Debatte. SPD, Grüne, Linke, der Oberbürgermeister und die Stadtverwaltung beharrten auf dem "Schein-Argument", dass der Rat jederzeit das Recht besitze, Änderungen bei der Stadtplanung vorzunehmen und dass man trotz aller erfolgten Planungen und Vorarbeiten nun etwas anderes an dieser Stelle haben wolle. Mit keinem Wort -auch nicht auf intensive Nachfrage hin- erwähnten die oben genannten, was dieses "andere" denn nun sein oder werden solle.

Der Investor des FOC hatte in der Woche vor der Ratssitzung alle Ratsfraktionen und Gruppen besucht und mitgeteilt, dass alle Probleme gelöst seien, alle erforderlichen Gutachten angefertigt, eingereicht und für tauglich erklärt wurden, das man ihm aber dennoch jetzt plötzlich mitgeteilt habe, das Projekt nun beenden zu wollen. Es gab in den vergangenen 5 Jahren mehrere Gründe und Zeitpunkte, an denen man das Projekt hätte beenden können. Aber jetzt, wo alle planerischen Probleme gelöst wurden und es weder Ideen, noch Investoren oder städtische Gelder für andere Planungen gibt, hätte man diesen Investor einfach noch (z.B. ein halbes Jahr) weiter machen lassen können. Er wollte noch in diesem Jahr mit den Bauarbeiten beginnen, hatte ca. 1.000 neue Arbeitsplätze versprochen und immerhin bereits 8 Millionen Euro investiert. SPD, Grüne und Linke wollten "keinen Tag länger warten" und erzwangen das Ende aller FOC-Planungen. Wer oder was wirklich hinter diesem Beschluss steckt, ist bis heute nicht erkennbar. FDP-Sprecher Wilhelm Bies prophezeite Stillstand und eine mindestens 10jährige Brachfläche an dieser Stelle.

Wie in jeder Ratssitzung üblich, folgten zahlreiche Beschlüsse zur Aufstellung oder Änderung von **Bebauungsplänen oder Flächennutzungsplänen** in den verschiedensten Stadtteilen Duisburgs. Zum Beispiel auch zum geplanten "**Fachmarktcenter Moerser Straße**" in Homberg. Obwohl die CDU sich in der zuständigen Bezirksvertretung Homberg/Ruhrort/Baerl gegen das Projekt ausgesprochen hatte, stimmte die CDU-Ratsfraktion dem Vorhaben zu, wie alle anderen Fraktionen und Gruppen auch.

An Tagesordnungspunkt 60 lag ein gemeinsamer Antrag von SPD, CDU, Linken, Grünen und PSL vor, der in der letzten Sitzung des Umweltausschusses formuliert wurde. Der Titel: "**Keine Beteiligung der STEAG an ostdeutschen Braunkohle-Aktivitäten**". Der Antrag wurde von den altbekannten Argumenten begleitet, dass man die STEAG eigentlich kaufen und zu einem Unternehmen umbauen wollte, dass ausschließlich sau-

bere erneuerbare Energien erzeugt. Eine Beteiligung an einem klimaschädlichen Braunkohletageabbau widerspreche diesen Zielen. Die FDP war die einzige Fraktion im Stadtrat, die vor Jahren vor dem Kauf der STEAG gewarnt und schon damals prophezeit hatte, dass ein "politisch motivierter" Umbau des Unternehmens auf Kosten der Rentabilität nicht umsetzbar sei. Alle heutigen Probleme mit und durch den Kauf der STEAG hatten die Freien Demokraten vorhergesagt, daher war es jetzt nur logisch, dass die FDP-Ratsmitglieder gegen diesen Antrag stimmten.

Es folgten mehrere Anträge der Fraktion JuDU/DAL, denen sich die Freien Demokraten und meist auch alle anderen kleineren Fraktionen und Gruppen anschließen konnten. CDU und SPD stimmen offenbar "aus Prinzip" gegen (fast) alle Anträge der "Kleinen", unabhängig davon, ob sie sinnvoll sind oder nicht... Zum ersten wurde die **"Einführung der elektronischen Gremienarbeit auf freiwilliger Basis"** gefordert. D.h., dass Mandatsträger auf Wunsch keine Beschlussvorlagen in Papierform mehr erhalten sollen, sondern mit Laptop, Netbook oder iPad arbeiten. Diese (technische) Möglichkeit besteht derzeit in Duisburg nicht - im Gegensatz zu vielen anderen Städten im Umkreis.

Desweiteren forderten JuDU/DAL, dass es pro Jahr **mindestens 8 Sitzungen des Duisburger Stadtrates** geben solle, anstatt nur 5, wie bisher (die dann immer bis in die Abend- oder Nachtstunden dauern). Wie oben bereits erwähnt, fühlen sich die beiden großen Fraktionen weder durch die Anzahl der Tagesordnungspunkte, noch durch die Vielzahl der Themen überlastet und sehen überhaupt keinen Grund für eine Verkürzung der einzelnen Sitzungen.

Der dritte Antrag beschäftigte sich mit dem Thema **"Sicherheit und Ordnung in Duisburg"**. Hierin wurde gefordert, Öffnungszeiten von Polizeiwachen auszudehnen, weitere gemeinsame Streifen von Polizei und Ordnungsamt durchzuführen, zusätzliche Mitarbeiter im städtischen Außendienst ("Müll-Sheriffs") einzustellen, die Wiedereinstellung der Sicherheitskräfte in Bussen und Bahnen der DVG, sowie Video-Überwachung an nachgewiesenen Kriminalitätsschwerpunkten zu ermöglichen. Auch dieser Antrag wurde von einer breiten Ratsmehrheit abgelehnt.

Gegen Ende der öffentlichen Sitzung (ca. 19:45 Uhr) stand noch mal ein skurriler Antrag der Grünen auf der Tagesordnung, wonach der Oberbürgermeister aufgefordert werden sollte, **"sich der Klage der Städteregion Aachen gegen den Betrieb der Atomkraftwerke Tihange und Doel"** in Belgien anzuschließen.

FDP-Sprecher Wilhelm Bies erklärte dazu, dass es nicht nur unsinnig, sondern auch schlichtweg unzulässig sei, sich im Duisburger Stadtrat mit dem Betrieb von Atomkraftwerken im Ausland zu beschäftigen. Grüne, Linke, AfD, PSL und NPD stimmten dennoch zu. Die Mehrheit lehnte diesen Antrag jedoch kommentarlos ab.

Es folgte eine nichtöffentliche Sitzung mit 24 Tagesordnungspunkten, inklusive einer zeitraubenden geheimen Abstimmung. Der Oberbürgermeister schloss diese Ratssitzung um 21.20 Uhr.

Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist am 25. April 2016 geplant. Bis dahin wünscht die FDP-Ratsgruppe Ihnen erholsame Osterferien.